

**Amtliche Mitteilungen
der
FernUniversität in Hagen
Nr. 09 / 2017**

Hagen, 25. Juli 2017

Inhalt:

1. Wahlordnung für die Wahlen zum Senat,
zu den Fakultätsräten,
zum Frauenbeirat,
zur zentralen Gleichstellungsbeauftragten,
zu den Gleichstellungsbeauftragten der Fakultäten und
zur beauftragten Person für die Vertretung der Belange studentischer Hilfskräfte
der FernUniversität in Hagen (WahlO) vom 05. Juli 2017

**Wahlordnung
für die Wahlen zum Senat,
zu den Fakultätsräten,
zum Frauenbeirat,
zur zentralen Gleichstellungsbeauftragten,
zu den Gleichstellungsbeauftragten der Fakultäten und
zur beauftragten Person für die Vertretung der Belange studentischer Hilfskräfte
der FernUniversität in Hagen
(WahlO)
vom 05. Juli 2017**

INHALTSVERZEICHNIS:

1. Begriffsbestimmungen

- § 1 Geltungsbereich und Wahlgrundsätze
- § 2 Begriffe

2. Wahlorgane

- § 3 Wahlorgane
- § 4 Wahlleitung
- § 5 Briefwahlvorstand
- § 6 Wahlausschuss

3. Vorbereitung der Wahlen

- § 7 Wahltag
- § 8 Durchführung der Wahl – Festlegung der Art der Stimmabgabe
- § 9 Wählerinnen- und Wählerverzeichnis
- § 10 Wahlausschreiben
- § 11 Einreichung und Prüfung der Wahlvorschläge
- § 12 Änderung und Bekanntgabe von gültigen Wahlvorschlägen
- § 13 Nachfrist für die Einreichung von Wahlvorschlägen

4. Wahlhandlung

- § 14 Wahlverfahren und Stimmen

4.1 Regelungen zur Briefwahl:

- § 15 Briefwahl: Wahlbenachrichtigung und Wahlunterlagen
- § 16 Briefwahl: Stimmabgabe
- § 17 Briefwahl: Öffnung der Wahlbriefumschläge
- § 18 Briefwahl: Ungültigkeit von Stimmen
- § 19 Briefwahl: Stimmenauszählung

4.2 Regelungen zur elektronischen Wahl:

- § 20 Elektronische Wahl: Technische Anforderungen
- § 21 Elektronische Wahl: vorzeitige Beendigung
- § 22 Elektronische Wahl: Störungen
- § 23 Elektronische Wahl: Authentifizierung
- § 24 Elektronische Wahl: Wahlbenachrichtigung und Wahlunterlagen
- § 25 Elektronische Wahl: Stimmabgabe
- § 26 Elektronische Wahl: Ungültigkeit von Stimmen
- § 27 Elektronische Wahl: Stimmenauszählung

5. Ermittlung und Feststellung der Wahlergebnisse

- § 27a Auswertung der Stimmen bei personalisierter Verhältniswahl
- § 28 Auswertung der Stimmen bei Verhältniswahl
- § 29 Auswertung der Stimmen bei Mehrheitswahl
- § 30 Vorläufiges Wahlergebnis
- § 31 Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses
- § 32 Ablehnung der Wahl
- § 33 Wahlprüfung

6. Sonstige Bestimmungen

- § 34 Nachrücken / Nachwahlen
- § 35 Ausüben / Ruhen der Mitgliedschaft

II. BESONDERE BESTIMMUNGEN

1. Senat und Fakultätsräte

- § 36 Amtszeit
- § 37 Grundsätze für die Wahlen
- § 38 Wahlberechtigung und Wählbarkeit für den Senat
- § 39 Wahlberechtigung und Wählbarkeit für die Fakultätsräte

2. Frauenbeirat

- § 40 Amtszeit
- § 41 Grundsätze für die Wahl
- § 42 Wahlberechtigung und Wählbarkeit

3. Zentrale Gleichstellungsbeauftragte und ihre vier Stellvertreterinnen

- § 43 Amtszeit
- § 44 Grundsätze für die Wahl und Ausschreibung
- § 45 Wahlberechtigung und Wählbarkeit

4. Gleichstellungsbeauftragte der Fakultäten und ihre Stellvertreterin

- § 46 Amtszeit
- § 47 Grundsätze für die Wahl
- § 48 Wahlberechtigung und Wählbarkeit

5. Vertretung der Belange studentischer Hilfskräfte

- § 49 Amtszeit
- § 50 Wahlberechtigung und Wählbarkeit
- § 51 Wahlvorschlag der Studierendenschaft
- § 52 Grundsätze für die Wahl

III. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

- § 53 In-Kraft-Treten und Veröffentlichung

I. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

1. Begriffsbestimmungen

§ 1

Geltungsbereich und Wahlgrundsätze

(1) Diese Wahlordnung gilt

1. für die Wahlen zu den nach Mitgliedergruppen zusammengesetzten Kollegialorganen an der FernUniversität in Hagen. Dies sind im Einzelnen

- der Senat,
- die Fakultätsräte und
- der Frauenbeirat sowie

2. für die Wahlen zu den Funktionen an der FernUniversität in Hagen, namentlich

- zur zentralen Gleichstellungsbeauftragten,
- zu den Gleichstellungsbeauftragten der Fakultäten und
- zur beauftragten Person für die Vertretung der Belange studentischer Hilfskräfte.

(2) Die allgemeinen Bestimmungen dieser Wahlordnung gelten für sämtliche Wahlen im Sinne des Absatzes 1, sofern nicht in den besonderen Bestimmungen etwas anderes geregelt wird. Die Wahlen werden gleichzeitig durchgeführt.

(3) Die Wahlen sind frei, gleich und geheim und unmittelbar.

§ 2

Begriffe

(1) Bekanntgabe im Sinne dieser Wahlordnung ist die hochschulöffentliche Veröffentlichung im Intranet der FernUniversität.

(2) Die Wahlauszählung im Sinne dieser Wahlordnung umfasst im Rahmen der Briefwahl den Zeitraum von dem ersten Tag der Prüfung der Wahlbriefumschläge bis zum letzten Tag der Stimmenauszählung.

(3) Die Stimmenauszählung im Sinne dieser Wahlordnung beginnt bei der Briefwahl mit der Öffnung des ersten Stimmzettelumschlags und endet, wenn alle Stimmen ausgezählt sind. Die Stimmenauszählung bei einer elektronischen Wahl beginnt unmittelbar nach der Schließung des Wahlportals und endet wenn alle Stimmen ausgezählt sind.

(4) Das Wahlportal im Sinne dieser Wahlordnung ist die Webseite durch die bei einer Online-Wahl die Stimmabgabe erfolgt. Das Wahlportal ermöglicht die Stimmabgabe mittels Aufruf eines elektronischen Stimmzettels.

(5) Die Wahlhandlung umfasst das gesamte Stimmabgabeverfahren.

(6) Ersatzmitglieder sind Bewerberinnen oder Bewerber, die bei der Auszählung der Stimmen und der sich daran anschließenden Sitzverteilung aufgrund des jeweiligen Wahlsystems keinen Sitz errungen haben. Die Reihenfolge der Ersatzmitglieder wird analog zur Feststellung der Sitzverteilungen nach §§ 27a, 28 und 29 ermittelt. Es werden nur so viele Ersatzmitglieder als Stellvertreter/innen gewählt, wie für eine Funktion vorgesehen beziehungsweise Mitglieder der Gruppe in dem jeweiligen Gremium zu bestimmen sind.

Im Falle einer zeitweiligen Verhinderung kann ein Mitglied durch alle Bewerberinnen und Bewerber der gewählten Liste vertreten werden. Die dauerhafte Vertretung erfolgt in der nach Absatz 6 Satz 2 festgelegten Reihenfolge.

2. Wahlorgane

§ 3 Wahlorgane

Wahlorgane sind die Wahlleitung, der Wahlausschuss und im Rahmen einer Briefwahl der Briefwahlvorstand.

§ 4 Wahlleitung

(1) Wahlleitung für die Wahlen zum Senat, zum Frauenbeirat, zur zentralen Gleichstellungsbeauftragten und zur beauftragten Person für die Vertretung der Belange studentischer Hilfskräfte ist die Rektorin oder der Rektor.

(2) Wahlleitung für die Wahlen zu einem Fakultätsrat und zur Gleichstellungsbeauftragten der einzelnen Fakultäten ist die Dekanin oder der Dekan der jeweiligen Fakultät. Sie oder er kann die Rektorin oder den Rektor widerruflich mit der Wahlleitung beauftragen.

(3) Die Durchführung der Wahl obliegt der Hochschulverwaltung nach Weisung der Wahlleitung.

(4) Zur Durchführung der Wahl unter der Verantwortung der Wahlleitung gehören:

1. die Aufstellung des Wählerinnen- und Wählerverzeichnisses,
2. die Ausschreibung der Wahl,
3. die Prüfung und Bekanntgabe der Wahlvorschläge,
4. bei einer Briefwahl
die Erstellung und Versendung der Wahlunterlagen und der Wahlbenachrichtigung,
bei einer elektronischen-Wahl
die Bereitstellung der Wahlerklärung, der Wahlbenachrichtigung sowie
der Stimmzettel im elektronischen-Wahlportal;
5. bei einer Briefwahl:
die Öffnung der Wahlbriefumschläge und die Sortierung der
innenliegenden Dokumente und
6. die Erstellung und Bekanntgabe des endgültigen Wahlergebnisses.

(5) Die Wahlleitung ist an Entscheidungen des Wahlausschusses gebunden.

§ 5 Briefwahlvorstand

(1) Wird das Wahlverfahren per Briefwahl durchgeführt ernennt die Wahlleitung in der Regel bis zum 119. Tag vor dem Wahltag den Briefwahlvorstand, der aus fünf Mitgliedern und fünf Ersatzmitgliedern besteht. Ihm gehören die oder der Vorsitzende, die oder der stellvertretende Vorsitzende und drei weitere Mitglieder an.

(2) Der Briefwahlvorstand wird von der oder dem Vorsitzenden oder der oder dem stellvertretenden Vorsitzenden einberufen. Er tritt an einem oder an mehreren Tagen bis zum Wahltag zusammen. Er tagt nichtöffentlich. Seine Mitglieder sind zur Verschwiegenheit verpflichtet.

(3) Während der Tätigkeit des Briefwahlvorstandes gemäß § 17 müssen immer mindestens zwei seiner Mitglieder oder Ersatzmitglieder, darunter die oder der Vorsitzende oder die oder der stellvertretende Vorsitzende oder bei deren Abwesenheit das entsprechende Ersatzmitglied, anwesend sein. Die Amtszeit des Briefwahlvorstandes endet mit der Übergabe der verschlossenen Wahlurnen an den Wahlausschuss.

(4) Der Briefwahlvorstand ist an die Entscheidungen des Wahlausschusses gebunden.

§ 6 Wahlausschuss

(1) Der Senat bildet in der Regel bis zum 119. Tag vor dem Wahltag einen Wahlausschuss gemäß § 12 der Grundordnung. Bei der Bildung des Wahlausschusses ist auf die geschlechtsparitätische Besetzung des Gremiums gemäß § 11c HG NRW i. V. m. § 12 LGG NRW zu achten. Der Wahlausschuss soll innerhalb von 14 Tagen nach seiner Wahl zu einer konstituierenden Sitzung zusammentreten.

(2) Die Amtszeit der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Wahlausschusses endet mit Ablauf der Einspruchsfrist gegen die Feststellung des Wahlergebnisses und gegebenenfalls mit Abschluss eines etwaig einzuleitenden Wahlprüfungsverfahrens. Ist als Ergebnis des Wahlprüfungsverfahrens die Durchführung der Wahl ganz oder teilweise zu wiederholen, verlängert sich die Amtszeit entsprechend. Für Nachwahlen wird der Wahlausschuss in unveränderter Zusammensetzung wieder eingesetzt.

(3) Der Wahlausschuss wählt aus seiner Mitte eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und eine stellvertretende Vorsitzende oder einen stellvertretenden Vorsitzenden. Bis zur Wahl der oder des Vorsitzenden führt die Wahlleitung oder eine von ihr bestimmte Vertretung den Vorsitz.

(4) Mitglieder des Wahlausschusses, die in einem Wahlvorschlag als Vorschlagende oder Bewerberinnen oder Bewerber benannt sind, dürfen an Entscheidungen des Wahlausschusses nicht mitwirken, bei denen nicht ausgeschlossen werden kann, dass sie sich auf die Wahl einer Funktionsträgerin oder eines Funktionsträgers oder deren oder dessen Stellvertretung, die Sitzverteilung oder die Bestimmung der Ersatzmitglieder in der Gruppe und dem Kollegialorgan, für die oder das der Wahlvorschlag unterbreitet wurde, auswirken.

(5) Der Wahlausschuss tagt nichtöffentlich.

(6) Im Rahmen einer Briefwahl erfolgt die Stimmenauszählung in der Verantwortung des Wahlausschusses. Darüber hinaus entscheidet der Wahlausschuss unverzüglich über die Auslegung der Wahlordnung und über Zweifelsfälle der Gültigkeit von Wahlvorschlägen, Wahlbriefumschlägen, Stimmzetteln, Stimmzetteln und Stimmen sowie über Zweifelsfälle der Sitzverteilung und der Bestimmung der Ersatzmitglieder. Für diese Entscheidung ist eine 2/3-Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder erforderlich.

(7) Dem Wahlausschuss wird die Möglichkeit gegeben, sich jederzeit bei der Wahlleitung oder im Rahmen einer Briefwahl bei dem Vorsitz des Briefwahlvorstands über die Vorbereitung und den Fortgang der Wahl zu informieren.

(8) Im Rahmen einer Online-Wahl erfolgt der Übernahme der über die Online-Wahl abgegebenen Stimmen in die Wahlsoftware nach § 19 Absatz 3 hochschulöffentlich unter Aufsicht des Wahlausschusses.

3. Vorbereitung der Wahlen

§ 7 Wahltag

(1) Der Wahltag wird von der Wahlleitung festgesetzt. Für die Wahlen im Sinne des § 1 mit Ausnahme der zentralen Gleichstellungsbeauftragten soll ein gemeinsamer Wahltag festgesetzt

(2) Der Wahltag liegt in einer angemessenen Frist vor dem Beginn der Amtszeit der zu wählenden Funktionsträgerinnen und Funktionsträger und der Gruppenvertreterinnen oder Gruppenvertreter.

§ 8 Durchführung der Wahl – Festlegung der Art der Stimmabgabe

(1) Die Wahlleitung bestimmt, ob die Wahl als Briefwahl oder als internetbasierte Online-Wahl (elektronische Wahl) durchgeführt wird. Die elektronische Wahl ist nur dann zulässig, wenn bei ihrer Durchführung die geltenden Wahlrechtsgrundsätze, insbesondere die Grundsätze der geheimen Wahl und der Öffentlichkeit der Wahl, gewahrt sind.

(2) Wird die Wahl als elektronische Wahl durchgeführt, sind der Beginn der Wahlfrist (Freigabe des Wahlportals) und das Ende der Wahlfrist (Schließung des Wahlportals) durch die Wahlleitung festzulegen und im Wahlausschreiben bekanntzugeben. Die Wahlzeit soll mindestens 21 Tage betragen.

(3) Die Wahlleitung legt fest, ob die Authentifizierung über die Daten eines von der Hochschule bereitgestellten Dienstes zur Authentifizierung (z.B. Intranet oder LDAP - hochschuleigenes Authentifizierungssystem) vollzogen wird oder über eine spezielle Authentifizierung am Wahlportal (spezielles Authentifizierungssystem) erfolgt.

§ 9

Wählerinnen- und Wählerverzeichnis

(1) Für die Wahl wird ein Wählerinnen- und Wählerverzeichnis erstellt. Das Wählerinnen- und Wählerverzeichnis enthält die Namen und Vornamen der Wahlberechtigten in alphabetischer Reihenfolge nach Fakultäten und Geschlecht getrennt sowie bei den Personalgruppen die Zugehörigkeit zur jeweiligen Organisationseinheit und bei Studierenden die Matrikelnummer.

Finden am selben Tag mehrere Wahlen statt, kann für diese Wahlen ein gemeinsames Wählerinnen- und Wählerverzeichnis erstellt werden, in dem für jede Wahlberechtigte oder jeden Wahlberechtigten in eindeutiger Weise angegeben ist, auf welche Wahlen sich die Wahlberechtigung bezieht.

(2) Das Wählerinnen- und Wählerverzeichnis wird bis zum 63. Tag vor dem Wahltag laufend aktualisiert.

Einsprüche gegen die Richtigkeit des Wählerinnen- und Wählerverzeichnisses können bis zu diesem Termin bei der Wahlleitung eingelegt werden. Gibt die Wahlleitung einem Einspruch nicht statt, so entscheidet unverzüglich der Wahlausschuss.

(3) Das Wählerinnen- und Wählerverzeichnis liegt bei den im Wahlausschreiben veröffentlichten Stellen vom 91. Tag vor dem Wahltag bis zum Wahltag zur Einsichtnahme aus.

(4) Wählen darf und wählbar ist, wer zu Beginn des 63. Tages vor dem Wahltag wahlberechtigt und im Wählerinnen- und Wählerverzeichnis eingetragen ist.

§ 10

Wahlausschreiben

(1) Die Wahlleitung erlässt bis zum 91. Tag vor dem Wahltag ein Wahlausschreiben. Es wird von diesem Tag an bis zum Wahltag gemäß § 2 bekannt gegeben. Darüber hinaus werden die Wahlberechtigten per E-Mail über den Erlass des Wahlausschreibens informiert.

(2) Das Wahlausschreiben enthält

1. den Ort und Tag der Veröffentlichung,
2. die Angabe des Wahltages, des spätesten Termins für die Einreichung von Wahlvorschlägen, des Stichtages für die Feststellung, wer wählen darf und wählbar ist (Terminangaben jeweils als Kalendertag), im Rahmen einer Briefwahl die Angabe des spätesten Termins für die Versendung der Wahlbenachrichtigung und der Wahlunterlagen, im Fall einer elektronischen Wahl den Zeitraum der Freischaltung des Wahlportals,
3. die Namen der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Wahlausschusses,
4. bei der Wahl zu Kollegialorganen die Zahl der zu wählenden Gruppenvertreterinnen oder Gruppenvertreter und / oder bei der Wahl zu Funktionen die Zahl der zu wählenden Personen,
5. den Hinweis, dass nur solche Hochschulmitglieder wählen und gewählt werden dürfen, die zum Termin gemäß § 9 in das Wählerinnen- und Wählerverzeichnis eingetragen sind,
6. den Hinweis, dass jede oder jeder jeweils für eine Wahl im Sinne des § 1 nur auf einem Wahlvorschlag benannt werden darf,
7. den Hinweis, dass jede oder jeder für jede Wahl im Sinne des § 1 jeweils nur einen Wahlvorschlag unterzeichnen darf,

8. den Hinweis, dass nur wahlberechtigte Hochschulmitglieder und diese bei den Kollegialorganen nur innerhalb der eigenen Gruppe Wahlvorschläge einreichen dürfen,
9. den Hinweis, dass nur fristgerecht eingereichte Wahlvorschläge berücksichtigt werden,
10. wo die gültigen Wahlvorschläge bekanntgegeben werden,
11. den Hinweis, dass die Stimmabgabe bei einer Briefwahl nur im Wege der Briefwahl erfolgt und dass die Wahlunterlagen mit einer Wahlbenachrichtigung von der Wahlleitung unaufgefordert übersandt werden oder
den Hinweis, dass die Stimmabgabe bei einer elektronischen-Wahl nur im Wege der elektronischen-Wahl erfolgt und dass die Wahlerklärung, die Stimmzettel und die Wahlbenachrichtigung von der Wahlleitung unaufgefordert online zur Verfügung gestellt werden,
12. bei der Wahl zu Kollegialorganen den Hinweis, dass das Wahlrecht nur in einer Gruppe ausgeübt werden darf.
und
13. den Hinweis, dass Kollegialorgane geschlechtsparitatisch zu besetzen sind. Bei der Aufstellung von Wahllisten ist auf eine geschlechtsparitätische Besetzung zu achten ist. Auf dem Wahlvorschlag sind Frauen und Männer abwechselnd zu berücksichtigen. Lässt sich trotz aller Anstrengungen keine Geschlechtsparität herstellen, müssen die Ausnahmegründe im Einzelfall nachvollziehbar dokumentiert werden.

(3) Finden an demselben Wahltag mehrere Wahlen statt, kann ein gemeinsames Wahlausschreiben erlassen werden. In diesem Fall ist bei der Wahl von Funktionsträgerinnen und Funktionsträgern die Zahl der zu wählenden Personen nach Funktionen und bei der Wahl von Kollegialorganen die Zahl der zu wählenden Mitglieder und Ersatzmitglieder nach Kollegialorganen und Gruppen getrennt anzugeben.

§ 11

Einreichung und Prüfung der Wahlvorschläge

(1) Gewählt wird nach Wahlvorschlägen, die der Wahlleitung in Hagen bis zum 63. Tag 12.00 Uhr MEZ vor dem Wahltag schriftlich mit persönlicher Unterschrift per Briefpost, Fax oder als eingescanntes Dokument als Anlage einer E-Mail zugehen müssen.

(2) Ein gültiger Wahlvorschlag enthält:

1. die Angabe der Wahl, für die er unterbreitet wird, d.h. die Bezeichnung der Funktion oder des Kollegialorgans und der Gruppe sowie die Angabe des Wahltages,
2. Name, Vorname, bei den Personalgruppen die Organisationseinheit bzw. bei Studierenden die Matrikelnummer, und Unterschrift derjenigen oder desjenigen, die oder der den Wahlvorschlag unterbreitet (Vorschlagende oder Vorschlagender),
3. Name, Vorname, bei den Personalgruppen die Organisationseinheit bzw. bei Studierenden die Matrikelnummer derjenigen oder desjenigen, die durch den Wahlvorschlag zur Wahl vorgeschlagen werden soll (Bewerberin oder Bewerber). Bewerberin oder Bewerber und Vorschlagende oder Vorschlagender können identisch sein. Werden mehrere Bewerberinnen und Be-

werber vorgeschlagen, sind diese in einer durch fortlaufende Nummerierung festgelegten Reihenfolge (Wahlliste) aufzulisten; dies gilt nicht für die Mehrheitswahl.

4. Werden mehrere Bewerberinnen und Bewerber vorgeschlagen ist die Wahlliste abwechselnd mit Frauen und Männern zu besetzen. Kann eine Geschlechtsparität auf dem Wahlvorschlag nicht hergestellt werden, müssen die Gründe im Einzelfall nachvollziehbar durch die/den Vorschlagende/n dokumentiert werden.
5. eine von der Bewerberin oder dem Bewerber unterzeichnete schriftliche Erklärung, dass sie oder er der Aufnahme in den Wahlvorschlag zustimmt. In der Regel wird diese im Wahlvorschlag erteilt. Bei Bewerberinnen und Bewerbern für Kollegialorgane kann diese auch durch eine separate Zustimmungserklärung erfolgen.
6. für die Wahl zum Senat mindestens zwei Bewerberinnen oder Bewerber.

(3) Weichen persönliche Daten oder Organisationseinheit von den von der FernUniversität erhobenen Daten ab, so werden diese entsprechend der Daten der Hochschule angeglichen.

(4) Der Wahlvorschlag für ein Kollegialorgan kann mit einer Listenbezeichnung gekennzeichnet sein; dies gilt nicht für die Mehrheitswahl. Die Schreibweise der im jeweiligen Wahlvorschlag übermittelten Listenbezeichnung wird in den Stimmzettel übernommen. Soll die Listenbezeichnung nach Abgabe des Wahlvorschlages geändert werden, gilt § 12 Absatz 1 entsprechend.

(5) Wahlvorschläge dürfen nur von den jeweils Wahlberechtigten eingereicht werden. Eine nicht wahlberechtigte Vorschlagende oder ein nicht wahlberechtigter Vorschlagender wird aus dem Wahlvorschlag gestrichen.

(6) Als Bewerberin oder Bewerber darf vorgeschlagen werden, wer wählbar ist.

Eine Bewerberin oder ein Bewerber, die oder der nicht wählbar ist, wird aus dem Wahlvorschlag gestrichen. Keine Bewerberin oder kein Bewerber darf in mehreren Wahlvorschlägen für eine Funktion oder ein Kollegialorgan vorgeschlagen werden.

Eine Bewerberin oder ein Bewerber, die oder der eine Zustimmungserklärung zu mehreren Wahlvorschlägen einer Funktion oder eines Kollegialorgans abgegeben hat, wird aus allen Wahlvorschlägen für die Funktion oder das Kollegialorgan gestrichen.

(7) Bei Wahlvorschlägen, die ohne schriftliche Zustimmung eines oder mehrerer Bewerberinnen und Bewerber eingereicht wurden, fordert die Wahlleitung die jeweiligen Vorschlagende oder den Vorschlagenden unmittelbar auf, die fehlenden Zustimmungserklärungen der Bewerberinnen und Bewerber innerhalb von maximal 7 Tagen, spätestens jedoch bis zum Ende der Abgabefrist der Wahlvorschläge gemäß Absatz 1 einzureichen.

Fehlt die Zustimmungserklärung einer Bewerberin oder eines Bewerbers nach Ablauf der Frist gemäß Absatz 1 wird diese oder dieser aus dem Wahlvorschlag gestrichen.

(8) Weist ein Wahlvorschlag andere Mängel auf, wird die oder der Vorschlagende unverzüglich aufgefordert, die Mängel innerhalb von maximal 7 Tagen, spätestens jedoch bis zum letzten Tag der Abgabe von Wahlvorschlägen gemäß Absatz 1 zu beseitigen.

Kommt die oder der Vorschlagende der Aufforderung nicht fristgerecht nach, wird der Wahlvorschlag als ungültig zurückgewiesen.

(9) Wahlvorschläge, die nicht geschlechtsparitatisch aufgestellt sind und auch nach Aufforderung innerhalb der Einreichungsfrist keine rechtfertigenden Gründe dokumentieren, werden als ungültig zurückgewiesen. Um die Ungültigkeit des gesamten Wahlvorschlages abzuwenden, kann die oder der Vorschlagende ersatzweise die Liste mit Frauen und Männern abwechselnd aufstellen und über die Parität hinausgehende Bewerber/Bewerberinnen streichen.

(10) Wahlvorschläge, die keine Vorschlagende oder keinen Vorschlagenden oder keine Bewerberin oder keinen Bewerber enthalten, werden als ungültig zurückgewiesen.

(11) Wahlvorschläge, die am Tag der Veröffentlichung des Wahlausschreibens oder früher bei der Wahlleitung eingegangen sind, gelten als am Tag nach der Veröffentlichung des Wahlausschreibens eingegangen.

Die gültigen und vollständigen Wahlvorschläge werden nach der Reihenfolge ihres Eingangs bei der Wahlleitung fortlaufend nummeriert. Bei zeitgleichem Eingang am selben Tag entscheidet das Los über die Nummerierung.

§ 12

Änderung und Bekanntgabe von gültigen Wahlvorschlägen

(1) Ein gültiger Wahlvorschlag kann nur geändert werden, solange die Einreichungsfrist gemäß § 11 Absatz 1 noch nicht abgelaufen ist und alle Vorschlagenden sowie alle Bewerberinnen und Bewerber der Wahlliste der Änderung zustimmen. Maßgeblich für die Nummerierung nach § 11 Absatz 11 ist der Tag des Eingangs der letzten Zustimmungserklärung.

(2) Die gültigen Wahlvorschläge werden unter Angabe ihrer Nummerierung und, soweit vorhanden, ihrer Listenbezeichnung in der Regel spätestens ab dem 35. Tag vor dem Wahltag bis zum Wahltag bekannt gegeben.

§ 13

Nachfrist für die Einreichung von Wahlvorschlägen

(1) Wird für eine Funktion oder bei Kollegialorganen in einer oder in mehreren Gruppen kein oder kein gültiger Wahlvorschlag eingereicht oder ist die Zahl der Bewerberinnen oder Bewerber aller Wahlvorschläge kleiner als die Zahl der zu besetzenden Sitze, so fordert die Wahlleitung innerhalb einer Nachfrist von einer Woche zur Einreichung von Wahlvorschlägen auf. Wird eine ausreichende Zahl von Bewerberinnen oder Bewerbern innerhalb der Frist nicht vorgeschlagen, so wird die Wahl unabhängig von der Zahl der vorgeschlagenen Bewerberinnen oder Bewerber durchgeführt.

(2) Geht für die Wahlen zu den Kollegialorganen für die Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer trotz Nachfristsetzung gemäß

Absatz 1 kein gültiger Wahlvorschlag ein oder werden so wenige Bewerberinnen oder Bewerber benannt, dass die vorgeschriebene Zahl der Mitglieder des Kollegialorgans dieser Gruppe nicht erreicht werden kann, so ist die Wahl für diese Gruppe auszusetzen. Dies ist unverzüglich bekannt zu geben und der Rektorin oder dem Rektor mitzuteilen. Das Rektorat trägt gemäß § 16 Absatz 3 HG daraufhin durch entsprechende Maßnahmen dafür Sorge, dass die Wahlen unverzüglich durchgeführt werden.

(3) Das bereits erstellte Wählerinnen- und Wählerverzeichnis kann erneut verwendet werden, wenn die Wahl im gleichen Semester stattfindet. § 9 Absatz 3 gilt entsprechend. Ansonsten ist ein neues Wählerinnen- und Wählerverzeichnis zu erstellen.

4. Wahlhandlung

§ 14

Wahlverfahren und Stimmen

(1) Funktionsträgerinnen und Funktionsträgern werden nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl gewählt. Bei der Wahl einer Funktionsträgerin oder eines Funktionsträgers hat jede Wählerin oder jeder Wähler eine Stimme, die an eine Bewerberin oder einen Bewerber vergeben wird.

(2) Bei den Kollegialorganen wird nach Wahllisten gewählt, die aufgrund gültiger Listenvorschläge für die einzelnen Mitgliedergruppen aufgestellt werden. Die Wahllisten enthalten die Namen der Bewerberinnen und Bewerber in der von ihnen beschlossenen Reihenfolge.

(3) Gremienmitglieder der Kollegialorgane für die Gruppen gemäß § 11 Absatz 1 Nr. 1 - 3 HG (Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Technik und Verwaltung) werden jeweils nach den Grundsätzen der personalisierten Verhältniswahl gewählt.

Für die Gruppe nach § 11 Absatz 1 Nr. 4 HG (Gruppe der Studierenden) werden die Mitglieder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt.

Wurde bei der Wahl der Vertreterinnen oder Vertreter einer Gruppe eines Kollegialorgans nur ein Wahlvorschlag eingereicht, erfolgt die Wahl nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl.

(4) Liegen bei der Wahl zu einem Kollegialorgan von einer Gruppe mehrere Wahllisten vor, so hat jede Wählerin oder jeder Wähler eine Stimme, die an eine Wahlliste oder eine Bewerberin oder einen Bewerber zugunsten einer Wahlliste vergeben wird.

Liegt bei der Wahl zu einem Kollegialorgan von einer Gruppe nur eine Wahlliste vor, so kann die Wählerin oder der Wähler höchstens so viele Stimmen für die Bewerberinnen oder Bewerber vergeben, wie Vertreterinnen oder Vertreter der Gruppe zu wählen sind. Stimmenhäufung ist unzulässig.

4.1 Regelungen zur Briefwahl:

§ 15

Briefwahl: Wahlbenachrichtigung und Wahlunterlagen

(1) Die Wahlbenachrichtigung bei einer Briefwahl enthält

1. die Angabe der Funktion oder des Kollegialorgans und der Gruppe, für die Vertreterinnen oder Vertreter zu wählen sind sowie die Zahl der zu wählenden Vertreterinnen oder Vertreter,
2. die Angabe des Wahltages als Kalendertag mit dem Hinweis, dass der Wahlbrief spätestens am Wahltag der Wahlleitung in Hagen zugehen muss,
3. die Angabe, ob und wie die Stimmabgabe nach § 14 erfolgt und
4. einen Hinweis darauf, ob die Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl der personalisierten Verhältniswahl oder den Grundsätzen der Mehrheitswahl erfolgt.

(2) Die Wahlunterlagen umfassen

1. die Wahlerklärung, die Angaben über die Wahlberechtigte oder den Wahlberechtigten im Wählerinnen- und Wählerverzeichnis sowie ihre oder seine Anschrift, mit der die Wählerin oder der Wähler erklärt, dass sie oder er den Stimmzettel persönlich und unbeobachtet gekennzeichnet hat bzw. dass sie oder er infolge körperlicher Behinderung hierzu nicht in der Lage war und sich deshalb der Hilfe einer Vertrauensperson bedient hat,
2. den oder die Stimmzettel,

3. den Stimmzettelumschlag und

4. einen als Wahlbriefumschlag gekennzeichneten Freiumsschlag zur Rücksendung der Wahlerklärung und des Stimmzettelumschlages mit dem Stimmzettel oder den Stimmzetteln an den Briefwahlvorstand.

(3) Finden an demselben Wahltag mehrere Wahlen statt, können eine gemeinsame Wahlbenachrichtigung mit Wahlerklärung, ein gemeinsamer Stimmzettelumschlag sowie ein gemeinsamer Wahlbriefumschlag verwendet werden. In diesem Fall sind die Stimmzettel für verschiedene Funktionen oder Kollegialorgane sowie die Stimmzettelumschläge für verschiedene Gruppen unterschiedlich zu kennzeichnen.

(4) Für eine Funktion oder dieselbe Gruppe eines Kollegialorgans müssen Stimmzettel und Stimmzettelumschläge jeweils von gleicher Beschaffenheit sein. Die Funktion bzw. das Kollegialorgan und die Gruppe sind auf dem Stimmzettel zu vermerken. Darüber hinaus ist auf dem Stimmzettelumschlag die Gruppe anzugeben. Die Stimmzettel sind einseitig bedruckt und in geeigneter Weise als amtliche Stimmzettel gekennzeichnet. Sie enthalten bei einer zu wählenden Funktion die Namen der Kandidatinnen oder Kandidaten und bei den Kollegialorganen die Wahllisten unter Angabe ihrer Eingangsnummer und, falls vorhanden, ihrer Listenbezeichnung. Zu jeder Bewerberin oder jedem Bewerber werden die Angaben aus dem Wählerinnen- und Wählerverzeichnis gemäß § 9 Absatz 1 übernommen. Jeder Bewerberin oder jedem Bewerber oder jeder Wahlliste ist auf eindeutige Weise ein Feld zugeordnet, das zur Abgabe einer Stimme für diese Bewerberin oder diesen Bewerber oder diese Wahlliste innerhalb des Feldes eindeutig zu kennzeichnen ist. Die Zahl der Stimmen, die die Wählerin oder der Wähler abgeben kann, und der Wahltag werden auf dem Stimmzettel angegeben.

(5) Hat die Wählerin oder der Wähler einen Stimmzettel verschrieben oder diesen oder einen Wahlbriefumschlag oder Stimmzettelumschlag versehentlich unbrauchbar gemacht, so ist ihr oder ihm auf Verlangen gegen Rückgabe der unbrauchbaren Wahlunterlagen ein neuer Stimmzettel, ein neuer Stimmzettelumschlag oder ein neuer Wahlbriefumschlag auszuhändigen.

§ 16

Briefwahl: Stimmabgabe

(1) Im Fall einer Briefwahl wird den Wahlberechtigten eine Wahlbenachrichtigung mit den Wahlunterlagen übersandt. Sie gilt als rechtzeitig übersandt, wenn sie spätestens am 21. Tag vor dem Wahltag auf den Postweg gegeben wurde.

§ 17

Briefwahl: Öffnung der Wahlbriefumschläge

(1) Der Briefwahlvorstand sammelt die Wahlbriefumschläge und hält diese unter Verschluss.

(2) Der Briefwahlvorstand öffnet im Rahmen der Wahlauszählung an einem oder mehreren Tagen die Wahlbriefumschläge, prüft die Gültigkeit der Wahlerklärung und legt den Stimmzettelumschlag im Falle der eindeutigen Gültigkeit ungeöffnet in die hierfür vorgesehenen Wahlurnen. Die Wahlerklärungen werden gesammelt und getrennt aufbewahrt.

(3) Ungültige Umschläge im Sinne des § 18 Absatz 1 und 2 werden gesondert aufbewahrt.

(4) Hat der Briefwahlvorstand seine Aufgaben beendet, übergibt die oder der Vorsitzende oder die oder der stellvertretende Vorsitzende des Briefwahlvorstands mit mindestens einem weiteren Mitglied oder Ersatzmitglied am ersten Tag der Stimmenausrählung die verschlossenen Wahlurnen und die Dokumente i. S. d. Absatz 3 dem Wahlausschuss.

§ 18

Briefwahl: Ungültigkeit von Stimmen

Wahlbriefumschläge einschließlich der in ihnen enthaltenen Stimmzettelumschläge sind nicht zu berücksichtigen (Ungültigkeit) und die in ihnen enthaltenen Stimmzettel sind ungültig, wenn

1. ihnen keine ordnungsgemäße Wahlerklärung beigefügt ist,
2. die Wählerin oder der Wähler nicht wählen durfte oder
3. der Wahlbrief der Wahlleitung nicht spätestens am Wahltag zugegangen ist.

(2) Stimmzettelumschläge einschließlich der in ihnen enthaltenen Stimmzettel sind ferner ungültig, wenn

1. sie in unzulässiger Weise gekennzeichnet wurden,
2. nicht verschlossen sind oder
3. nach ihrer Verschließung noch einmal erkennbar geöffnet wurden.

(3) Stimmzettel sind ferner ungültig, wenn

1. sie nicht in dem für sie bestimmten Stimmzettelumschlag verschlossen sind,
2. sie unzulässige Kennzeichnungen tragen,
3. sie zusammen mit anderen Stimmzetteln (Ausnahme siehe § 15 Absatz 3) oder weiteren Unterlagen im Stimmzettelumschlag enthalten sind,
4. auf ihnen mehr Stimmen abgegeben wurden, als nach § 14 zulässig sind,
5. die Markierung zur Stimmabgabe nachträglich geändert wurde oder
6. der auf ihnen aufgebrachte Barcode zur elektronischen Auszählung der Stimmen manipuliert wurde (z.B. in Größe oder Zusammenstellung verändert, durchgestrichen, abgetrennt oder in sonstiger Weise bearbeitet wurde).

(4) Einzelne Stimmen auf einem Stimmzettel sind ungültig, wenn nicht eindeutig zu ersehen ist, für welche Bewerberin oder welchen Bewerber sie abgegeben wurden.

§ 19

Briefwahl: Stimmenausrählung

(1) Der Wahlausschuss legt in Absprache mit der Wahlleitung den Tag oder die Tage der Stimmenausrählung fest. Die Stimmenausrählung ist für Angehörige und Mitglieder der FernUniversität öffentlich. Der Termin oder die Termine werden durch die Wahlleitung gemäß § 2 bekanntgegeben.

(2) Die gültigen Stimmzettelumschläge werden am Tag der Stimmenausrählung unter Aufsicht von Mitgliedern des Wahlausschusses und in deren Verantwortung geöffnet, die enthaltenen Stimmzettel auf Gültigkeit geprüft und die für die einzelnen Bewerberinnen oder Bewerber oder Wahllisten abgegebenen gültigen Stimmen gezählt. Bei Bedarf stellt die Wahlleitung dem Wahlausschuss die erforderlichen Hilfskräfte zur Verfügung.

(3) Die Auszählung und Auswertung der Stimmen wird i. d. R. mithilfe einer zertifizierten Wahlsoftware durchgeführt. Wird bei der Sitzverteilung ein Losentscheid notwendig, wird dieser elektronisch durch die Wahlsoftware durchgeführt.

(4) Findet die Stimmenauszählung an mehreren Tagen statt, werden die Wahlunterlagen in einem abschließbaren Raum der FernUniversität unter Verschluss gehalten.

4.2 Regelungen zur elektronischen Wahl:

§ 20

Elektronische Wahl: Technische Anforderungen

(1) Elektronische Wahlen dürfen nur dann durchgeführt werden, wenn das verwendete elektronische Wahlsystem aktuellen technischen Standards, insbesondere den Sicherheitsanforderungen für Online-Wahlprodukte des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik entspricht. Das System muss die in den nachfolgenden Absätzen aufgeführten technischen Spezifikationen besitzen. Die Erfüllung der technischen Anforderungen ist durch geeignete Unterlagen nachzuweisen.

Die Wahlleitung kann weitere Vorgaben machen, die den Stand der Technik spezifizieren. Die Konkretisierung des Standes der Technik muss der Bedeutung der Wahl Rechnung tragen, darf aber den finanziellen Aufwand berücksichtigen.

(2) Zur Wahrung des Wahlgeheimnisses müssen elektronische Wahlurne und elektronisches Wählerinnen- und Wählerverzeichnis auf verschiedener Serverhardware geführt werden. Das Wählerinnen- und Wählerverzeichnis soll auf einem universitätseigenen Server gespeichert sein.

(3) Die Wahlserver müssen vor Angriffen aus dem Netz geschützt sein. Es sind nur autorisierte Zugriffe zuzulassen. Autorisierte Zugriffe sind die Überprüfung der Stimmberechtigung, die Speicherung der Stimmabgabe zugelassener Wähler/innen, die Registrierung der Stimmabgabe und die Überprüfung auf mehrfacher Ausübung des Stimmrechtes (Wahldaten). Es ist durch geeignete technische Maßnahmen zu gewährleisten, dass im Falle des Ausfalles oder der Störung eines Servers oder eines Serverbereiches keine Stimmen unwiederbringlich verloren gehen können.

(4) Das Übertragungsverfahren der Wahldaten ist so zu gestalten, dass sie vor Ausspäh- oder Entschlüsselungsversuchen geschützt sind. Die Übertragungswege zur Überprüfung der Stimmberechtigung der Wählerin / des Wählers sowie zur Registrierung der Stimmabgabe im Wählerinnen- und Wählerverzeichnis und die Stimmabgabe in die elektronische Wahlurne müssen so getrennt sein, dass zu keiner Zeit eine Zuordnung des Inhalts der Wahlentscheidung zur Wählerin / zum Wähler möglich ist.

(5) Die Datenübermittlung muss verschlüsselt erfolgen, um unbemerkte Veränderungen der Wahldaten zu verhindern. Bei der Übertragung und Verarbeitung der Wahldaten ist zu gewährleisten, dass bei der Registrierung der Stimmabgabe im Wählerinnen- und Wählerverzeichnis kein Zugriff auf den Inhalt der Stimmabgabe möglich ist.

(6) Insbesondere muss das Online-Wahlsystem:

1. die Erstellung von sicheren und eindeutigen Zugangsdaten,
2. eine Trennung der Authentifizierung und der Stimmabgabe,
3. eine Bestätigung der endgültig abgegebenen Stimme durch die wahlberechtigte Person,
4. die Verhinderung einer doppelten Stimmabgabe,

5. eine Verhinderung der nochmaligen Authentifizierung bzw. Authentifizierung nach endgültiger Stimmabgabe,
6. die Möglichkeit einer ungültigen Stimmabgabe bzw. eines leeren Stimmzettels, einer teilweise vollständigen Stimmabgabe
7. die Schließung des Wahlportals bei Inaktivität und
8. das Schließen der Bestätigung der Wahlentscheidung nach endgültiger Abgabe des Stimmzettels
sicher gewährleisten.

(7) Die Zugriffe auf die Wahlserver außerhalb des Wahlvorgangs sind zu protokollieren. Die Protokolle sind sicher zu speichern.

(8) Die Datensätze der elektronischen Wahlurne sind auch nach der Auszählung zu sichern. Bei Beauftragung eines externen Dienstleistungsunternehmens, das die Wahl durchführt, sind sie an die Universität zu übergeben. Weiter hat die Dienstleisterin / der Dienstleister die Dateien zu übermitteln, die erforderlich sind, um die Auszählung der elektronischen Urne und die ordnungsgemäße Verwaltung des Wählerinnen- und Wählerverzeichnisses zu kontrollieren.

(9) Das Übertragungsverfahren der Wahldaten ist so zu gestalten, dass sie vor Ausspähung oder Entschlüsselung geschützt sind.

(10) Die Wahlleitung ist berechtigt zur Durchführung der elektronischen Wahl und zur Feststellung des ausreichenden technischen Sicherheitsstandards externe Dienstleister/innen in Anspruch zu nehmen. Ist in die Durchführung der elektronischen Wahl eine externe Dienstleisterin / ein externer Dienstleister eingebunden, ist diese/dieser auf die Einhaltung der rechtlichen Vorgaben der Wahlordnung vertraglich zu verpflichten und hat eine Kontrolle durch die Hochschule auch zur Sicherstellung des Datenschutzes zu ermöglichen. Die Wahlleitung kann beschließen, dass das bereitgestellte System vor der Durchführung der Wahl durch eine Beauftragte / einen Beauftragten geprüft wird. Die Wahlleitung beschließt, ob und falls ja, welche Dokumentationen vom System erstellt werden sollen, um nachträglich die Beachtung der Vorgaben der Wahlordnung überprüfen zu können. Im Fall der Beauftragung einer externen Dienstleisterin / eines externen Dienstleisters sind diese Dokumentation nach der Wahl an die Universität zu übergeben.

(11) Bei der Stimmeingabe darf es durch das verwendete elektronische Wahlsystem zu keiner Speicherung der Stimme der Wählerin / des Wählers in dem von ihm hierzu verwendeten Computer kommen. Es muss gewährleistet sein, dass unbemerkte Veränderungen der Stimmeingabe durch Dritte ausgeschlossen sind. Auf dem Bildschirm muss der Stimmzettel nach Absenden der Stimmeingabe unverzüglich ausgeblendet werden. Das verwendete elektronische Wahlsystem darf die Möglichkeit für einen Papiausdruck der abgegebenen Stimme nach der endgültigen Stimmabgabe nicht zulassen. Die Speicherung der Stimmabgabe in der elektronischen Wahlurne muss nach einem nicht nachvollziehbaren Zufallsprinzip erfolgen. Die Anmeldung am Wahlsystem, die Auswahl und Abgabe der Stimme sowie persönliche Informationen und IP-Adressen der Wahlberechtigten dürfen nicht protokolliert werden.

§ 21

Elektronische Wahl: vorzeitige Beendigung

Im Fall eines schwerwiegenden Verstoßes gegen § 20 kann die Wahlleitung im Einvernehmen mit dem Wahlausschuss eine vorzeitige Beendigung der elektronischen Wahl bestimmen.

§ 22

Elektronische Wahl: Störungen

(1) Ist die elektronische Stimmabgabe während der Wahlfrist aus Gründen, die die FernUniversität zu vertreten hat, nicht möglich, kann die Wahlleitung die Wahlfrist verlängern. Die Verlängerung muss hochschulöffentlich bekannt gegeben werden.

(2) Werden während der elektronischen Wahl Störungen bekannt, die ohne Gefahr eines vorzeitigen Bekanntwerdens oder Löschens der bereits abgegebenen Stimmen behoben werden können und ist zugleich eine mögliche Stimmenmanipulation ausgeschlossen, kann die Wahlleitung solche Störungen beheben oder beheben lassen und die Wahl fortsetzen. Andernfalls ist die Wahl ohne Auszählung der Stimmen zu stoppen.

(3) Ist eine Manipulation nicht ausgeschlossen, ist die Wahl gemäß § 21 vorzeitig zu beenden.

(4) Bei sonstigen Störungen entscheidet die Wahlleitung im Einvernehmen mit dem Wahlausschuss nach sachgemäßem Ermessen, wie auf die Störung zu reagieren ist, insbesondere durch Verlängerung der Frist oder den Abbruch der Wahl. Ermessensleitend sind dabei das Ausmaß der Beeinträchtigung der relevanten Wahlgrundsätze.

(5) Wird die Wahl fortgesetzt, ist die Störung und deren Dauer im Protokoll zur Wahl zu vermerken.

§ 23

Elektronischer Wahl: Authentifizierung

(1) Die Stimmabgabe erfordert eine vorherige Authentifizierung der / des Wahlberechtigten. Diese erfolgt durch die in der Wahlbenachrichtigung genannten Zugangsdaten im Wahlportal.

(2) Findet die Authentifizierung über das hochschuleigene Authentifizierungssystem statt, erfolgt sie mit den in diesem System vergebenen Zugangsdaten.

(3) Findet die Authentifizierung über ein spezielles Authentifizierungssystem statt, erfolgt sie mittels der Authentifizierungsdaten. Die Authentifizierungsdaten müssen eine eindeutige Identifizierung ermöglichen, die nach dem Stand der Technik nicht in unberechtigter Weise dupliziert oder umgangen werden kann.

(4) Die Stimmabgabe ist völlig getrennt von der Authentifizierung abzugeben. Eine Verknüpfung zwischen Identität der/des Wahlberechtigten und Stimmabgabe darf in keiner Weise hergestellt werden.

(5) Auf die Daten, die durch die Authentifizierung zu Zwecke der Durchführung der Wahl erzeugt werden, darf zu anderen Zwecken als zur Durchführung der Wahl nicht zugegriffen werden.

(6) Nach Stimmabgabe ist eine erneute Authentifizierung zu Wahlzwecken nicht mehr zulässig.

§ 24

Elektronische Wahl: Wahlbenachrichtigung und Wahlunterlagen

(1) Die Wahlbenachrichtigung bei einer elektronische Wahl enthält

1. die Angabe der Funktion oder des Kollegialorgans und der Gruppe, für die Vertreterinnen oder Vertreter zu wählen sind sowie die Zahl der zu wählenden Vertreterinnen oder Vertreter,
2. die Angabe des Wahltages/der Schließung des Wahlportals mit dem Hinweis, dass die Stimmabgabe bis zu dieser Frist erfolgen muss,
3. die Angabe, ob und wie die Stimmabgabe nach § 14 erfolgt,
4. einen Hinweis darauf, ob die Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl, der personalisierten Verhältniswahl oder den Grundsätzen der Mehrheitswahl erfolgt und
5. im Fall der Nutzung eines speziellen Authentifizierungssystems die Authentifizierungsdaten.
6. Informationsmaterial zur Identifizierung im Wahlportal, zur Gültigkeit der Stimme sowie zur Bedienung des Wahlportals.

Die Wahlleitung kann weitergehende Informationen hinzufügen. Eine Wahlempfehlung darf weder ausdrücklich noch konkludent enthalten oder angedeutet sein.

(2) Die Wahlunterlagen umfassen

1. die Wahlerklärung, mit der die Wählerin oder der Wähler erklärt, dass sie oder er den Stimmzettel persönlich und unbeobachtet gekennzeichnet hat bzw. dass sie oder er infolge körperlicher Behinderung hierzu nicht in der Lage war und sich deshalb der Hilfe einer Vertrauensperson bedient hat und
2. den oder die Stimmzettel.

(3) Finden an demselben Wahltag mehrere Wahlen statt, können eine gemeinsame Wahlbenachrichtigung mit Wahlerklärung verwendet werden.

(4) Die Funktion bzw. das Kollegialorgan und die Gruppe sind auf dem Stimmzettel zu vermerken. Sie enthalten bei einer zu wählenden Funktion die Namen der Kandidatinnen oder Kandidaten und bei den Kollegialorganen die Wahllisten unter Angabe ihrer Eingangsnummer und, falls vorhanden, ihrer Listenbezeichnung. Zu jeder Bewerberin oder jedem Bewerber werden die Angaben aus dem Wählerinnen- und Wählerverzeichnis gemäß § 9 Absatz 1 übernommen. Jeder Bewerberin oder jedem Bewerber oder jeder Wahlliste ist auf eindeutige Weise ein Feld zugeordnet, das zur Abgabe einer Stimme für diese Bewerberin oder diesen Bewerber oder diese Wahlliste innerhalb des Feldes eindeutig zu kennzeichnen ist. Die Zahl der Stimmen, die die Wählerin oder der Wähler abgeben kann, und der Wahltag werden auf dem Stimmzettel angegeben.

§ 25

Elektronische Wahl: Stimmabgabe

(1) Die Wahlberechtigten erhalten spätestens am 21. Tag vor dem Wahltag durch die Wahlleitung ihre Zugangsdaten, die Angabe des Wahlzeitraums sowie Informationen zur Durchführung der Wahl und zur Nutzung des Wahlportals (Wahlbenachrichtigung).

(2) Vor der Stimmabgabe ist die wahlberechtigte Person darauf hinzuweisen, dass die Stimmabgabe geheim und frei zu erfolgen hat.

(3) Die Stimmabgabe für ein Kollegialorgan/eine Funktion erfolgt mittels Aufruf und Markierung eines elektronischen Stimmzettels. Der elektronische Stimmzettel muss alle gültigen Wahlvorschläge für die Funktion bzw. das Kollegialorgan enthalten.

Der elektronische Stimmzettel ist entsprechend den in der Wahlbenachrichtigung und im Wahlportal enthaltenen Anleitungen elektronisch auszufüllen und abzuschicken. Dabei ist durch das verwendete elektronische Wahlsystem sicherzustellen, dass das Stimmrecht nicht mehrfach ausgeübt werden kann. Die Speicherung der abgeschickten Stimmen muss anonymisiert und so erfolgen, dass die Reihenfolge des Stimmeneingangs nicht nachvollzogen werden kann.

(4) Die wahlberechtigte Person besitzt bis zur endgültigen Stimmabgabe das Recht, ihre Eingabe zu korrigieren oder die Wahl abzubrechen. Kommt es nicht zu einer endgültigen Stimmabgabe werden die Markierungen nicht fixiert. Die Abgabe von weniger Stimmen als rechtlich gestattet und die Abgabe eines leeren/ungültigen Stimmzettels ist zulässig. Ein Absenden der Stimme/Stimmen ist erst auf der Grundlage einer elektronischen Bestätigung durch die Wählerin/den Wähler zu ermöglichen. Die Übermittlung muss für die Wählerin/den Wähler am Bildschirm erkennbar sein. Mit dem Hinweis über die erfolgreiche Stimmabgabe gilt diese als vollzogen. Auf dem Bildschirm ist der Stimmzettel nach Absenden unverzüglich auszublenden. Das verwendete elektronische Wahlsystem darf einen Ausdruck des elektronischen Stimmzettels, der Markierungen der abgegebenen Stimmen oder der endgültigen Stimmabgabe nicht zulassen.

(5) Der Zugang zum Wahlportal ist während des Wahlzeitraums bis zur endgültigen Abgabe der Stimme mehrfach möglich.

(6) Inaktivität gilt in jeder Phase der elektronischen Stimmabgabe als Abmeldung.

§ 26

Elektronische Wahl: Ungültigkeit von Stimmen

Stimmzettel sind ungültig, wenn keine Stimme oder zu viele Stimmen abgegeben wurden oder der Stimmzettel als ungültig markiert wurde. Sie werden bei der Wahlbeteiligung und bei den ungültigen Stimmen berücksichtigt.

§ 27

Elektronische Wahl: Stimmenauszählung

(1) Nach Schließung des Wahlportals (Beendigung der Online-Wahl) wird die elektronische Wahlurne durch das Online-Wahlsystem ausgezählt. Die Öffnung des elektronisch bereitgestellten Ergebnisses erfolgt hochschulöffentlich in Anwesenheit der Wahlleitung und des Wahlausschusses.

(2) Die Wahlleitung importiert die Stimmen der Online-Wahl in die bestehende Wahlsoftware zur Bestimmung der Sitzverteilung und erstellt nach den Vorgaben des § 30 Absatz 2 ein vorläufiges Wahlergebnis.

(3) § 19 Absatz 3 gilt entsprechend.

5. Ermittlung und Feststellung der Wahlergebnisse

§ 27a

Auswertung der Stimmen bei personalisierter Verhältniswahl

- (1) Bei der Verteilung der Sitze und der Ermittlung der Ersatzmitglieder bleiben Wahllisten, auf die keine gültige Stimme entfallen ist, unberücksichtigt.
- (2) Die auf die einzelnen Bewerberinnen oder Bewerber entfallenen Stimmen werden der Wahlliste zugerechnet, auf der sie aufgeführt sind. Die Sitzverteilung für die Wahllisten erfolgt nach dem Sainte-Laguë / Schepers-Verfahren.
- (3) Ist bei gleicher Höchstzahl zweier Wahllisten nur noch ein Sitz zu verteilen, so fällt der Sitz der Wahlliste zu, deren nächste Bewerberin oder nächster Bewerber die höchste Stimmenzahl hat. Haben beide Bewerberinnen oder Bewerber die gleiche Stimmenzahl, so entscheidet das Los, welcher Wahlliste der Sitz zuzuteilen ist. Sinngemäß ist zu verfahren, wenn mehr als zwei gleiche Höchstzahlen auftreten.
- (4) Die auf die einzelnen Wahllisten entfallenen Sitze werden den Bewerberinnen oder Bewerbern in der Reihenfolge der von ihnen erreichten Stimmenzahl zugeteilt. Bei Stimmengleichheit zwischen zwei Bewerberinnen oder Bewerbern und bei Bewerberinnen oder Bewerbern, auf die keine Stimme entfallen ist, entscheidet die Reihenfolge der Bewerberinnen oder Bewerber auf der Wahlliste.
- (5) Entfallen auf eine Wahlliste mehr Sitze, als diese Bewerberinnen oder Bewerber enthält, so fallen die überschüssigen Sitze den übrigen Wahllisten derselben Gruppe in der Reihenfolge der Höchstzahlen zu.
- (6) Scheidet ein gewähltes Mitglied aus, so wird der Sitz gemäß der Reihenfolge nach Absatz 4 derselben Wahlliste zugeteilt. Ist die Wahlliste erschöpft, so fallen die überschüssigen Sitze den übrigen Wahllisten derselben Gruppe in der Reihenfolge der Höchstzahlen zu.

§ 28

Auswertung der Stimmen bei Verhältniswahl

- (1) Die Sitzverteilung für die Wahllisten erfolgt nach dem Sainte-Laguë / Schepers-Verfahren.
- (2) Die auf die einzelnen Wahllisten entfallenen Sitze werden den Bewerberinnen oder Bewerbern in der Reihenfolge zugeteilt, in der sie auf den Listen aufgeführt sind.
- (3) Ist bei gleicher Höchstzahl zweier Wahllisten nur noch ein Sitz zu verteilen, so wird durch Los entschieden, welcher Wahlliste der Sitz zuzuteilen ist. Sinngemäß ist zu verfahren, wenn mehr als zwei gleiche Höchstzahlen auftreten.
- (4) Bei der Verteilung der Sitze und der Ermittlung der Ersatzmitglieder bleiben Wahllisten, auf die keine gültige Stimme entfallen ist, unberücksichtigt.
- (5) Entfallen auf eine Wahlliste mehr Sitze, als diese Bewerberinnen oder Bewerber enthält, so fallen die überschüssigen Sitze den übrigen Wahllisten derselben Gruppe in der Reihenfolge der Höchstzahlen zu.

(6) Scheidet ein Mitglied aus, so wird der Sitz gemäß der Reihenfolge der Wahlliste zugeteilt. Ist die Wahlliste erschöpft, so fallen die überschüssigen Sitze den übrigen Wahllisten derselben Gruppe in der Reihenfolge der Höchstzahlen zu.

§ 29

Auswertung der Stimmen bei Mehrheitswahl

(1) Finden gemäß § 14 die Grundsätze der Mehrheitswahl Anwendung, so werden die Bewerberinnen oder Bewerber nach der Zahl der auf sie entfallenen Stimmen berücksichtigt. Dies gilt entsprechend für die Bestimmung der Ersatzmitglieder. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

(2) Eine Bewerberin oder ein Bewerber, die oder der keine gültige Stimme erhalten hat, ist nicht gewählt.

(3) Scheidet ein gewähltes Mitglied aus, so wird der Sitz der Bewerberin oder dem Bewerber mit der nächsthöheren Stimmenzahl zugeteilt.

§ 30

Vorläufiges Wahlergebnis

(1) Über die Auszählung der Stimmen und bei Kollegialorganen zusätzlich die vorläufige Verteilung der Sitze wird am Tag der Stimmenauszählung ein vorläufiges Wahlergebnis erstellt.

(2) Das vorläufige Wahlergebnis enthält

1. die Angabe der Wahl, d.h. der Funktion oder des Kollegialorgans und der Gruppe,
2. die Zahl der Wahlberechtigten,
3. die Zahl der Wählerinnen und Wähler (eingegangenen Wahlerklärungen),
4. die Wahlbeteiligung in Prozent,
5. die Zahl der gültigen Stimmen,
6. die Zahl der ungültigen Stimmzettel,
7. für jede Bewerberin oder jeden Bewerber die Zahl der auf sie oder ihn entfallenen gültigen Stimmen (Mehrheitswahl) und für jede Wahlliste die Zahl der auf sie entfallenen gültigen Stimmen sowie die gewählten Bewerberinnen und Bewerber (Verhältnisswahl), für jede Bewerberin oder jeden Bewerber die Zahl der auf sie entfallenen gültigen Stimmen sowie die Gesamtzahl der zugunsten der Wahlliste abgegebenen Stimmen (personalisierte Verhältniswahl),
8. die Angabe, nach welchem Wahlverfahren gewählt wurde und
9. bei Kollegialorganen die Zahl der zu wählenden Sitze.

§ 31

Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses

(1) Der Wahlausschuss stellt aufgrund des vorläufigen Wahlergebnisses das Ergebnis der Stimmenauszählung und bei Kollegialorganen zusätzlich die Sitzverteilung getrennt für jede Funktion und jedes Kollegialorgan und für jede Gruppe durch Abstimmung fest (endgültiges Wahlergebnis).

(2) Die Wahlleitung gibt das Wahlergebnis unverzüglich bekannt. Dabei ist auf die Möglichkeit hinzuweisen, dass gemäß § 33 jede oder jeder Wahlberechtigte gegen die Feststellung des Wahlergebnisses innerhalb von 14 Tagen schriftlich mit persönlicher Unterschrift per Briefpost, Fax oder als eingescanntes Dokument als Anlage einer E-Mail einen begründeten Einspruch bei der Wahlleitung einlegen kann.

(3) Die im Rahmen der Wahl erstellten Unterlagen wie Protokolle, Bekanntmachungen, Stimmzettel (bei einer Briefwahl), die Datensätze der elektronischen Wahlurne sowie die Anzahl der übermittelten Stimmen (bei einer Online-Wahl) etc. werden bis zum Ablauf der Einspruchsfrist, im Falle einer Wahlprüfung bis zur rechtskräftigen Entscheidung von der Wahlleitung unter Verschluss aufbewahrt und anschließend vernichtet.

§ 32 Ablehnung der Wahl

(1) Eine ausdrückliche Annahme der Wahl ist nicht erforderlich.

(2) Eine Ablehnung der Wahl vor Beginn der Amtszeit ist innerhalb von 7 Tagen nach Mitteilung schriftlich gegenüber der Wahlleitung zu erklären.

(3) Bei Ablehnung der Wahl vor Beginn der Amtszeit ist so zu verfahren, als ob die oder der Gewählte mit Beginn der Amtszeit ausgeschieden wäre.

§ 33 Wahlprüfung

(1) Die Wahl ist mit der Bekanntgabe des endgültigen Wahlergebnisses unbeschadet eines Wahlprüfungsverfahrens gültig.

(2) Gründe für den Einspruch gemäß § 31 Absatz 2 können insbesondere darin liegen, dass Bestimmungen dieser Wahlordnung verletzt worden sind und diese Verletzung zu einer fehlerhaften Feststellung der Gewählten und / oder der Ersatzmitglieder geführt haben könnte. Die Wahlleitung leitet Einsprüche unverzüglich an die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Wahlausschusses weiter.

(3) Der Wahlausschuss entscheidet über Einsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl. Seine Entscheidung wird der Wahlberechtigten oder dem Wahlberechtigten, die oder der Einspruch eingelegt hat, schriftlich durch einen mit Rechtsmittelbelehrung versehenen Bescheid mitgeteilt.

(4) Der Wahlausschuss kann von Amts wegen eine Wahlprüfung einleiten.

(5) Stellt der Wahlausschuss im Wahlprüfungsverfahren Mängel fest, bei denen nicht ausgeschlossen werden kann, dass sie sich auf das Ergebnis der Wahl ausgewirkt haben, hat er entweder das Wahlergebnis bei fehlerhafter Auszählung zu berichtigen oder die betroffene Wahl ganz oder in Teilen für ungültig zu erklären und festzustellen, dass ihre Durchführung nach näherer Bestimmung durch den Wahlausschuss zu wiederholen ist. Vorbehaltlich einer anderweitigen Entscheidung im Wahlprüfungsverfahren wird bei der Wiederholungswahl nach denselben Vorschlägen und auf Grund desselben Wählerinnen- und Wählerverzeichnisses gewählt wie bei der für ungültig erklärten Wahl. Wirkt sich bei einem Kollegialorgan ein Verstoß für die Sitzverteilung nur in einer Gruppe aus, so ist nur diese Wahl für ungültig zu erklären und zu wiederholen, wobei die Wahl für den Rest der Amtszeit der gewählten Gremien erfolgt. Wird die Wahl einer Funktionsträgerin oder eines Funktionsträgers oder eines Kollegialorgans oder einzelner Mitglieder eines Kollegialorgans nach Amtsantritt für ungültig erklärt, so berührt dieses nicht die Rechtswirksamkeit der vorher gefassten Beschlüsse der Funktionsträgerin oder des Funktionsträgers oder des Kollegialorgans, soweit diese vollzogen sind.

6. Sonstige Bestimmungen

§ 34

Nachrücken / Nachwahlen

(1) Ein gewähltes Mitglied hat der oder dem Vorsitzenden des Gremiums unverzüglich mitzuteilen, wenn

1. es sein Mandat niederlegt,
2. es die Wählbarkeit in seiner Gruppe verliert oder
3. es aus der Hochschule ausscheidet.

Bezüglich des Nachrückens gelten die §§ 27a Absatz 6, 28 Absatz 6 und 29 Absatz 3.

(2) Bleiben als Ergebnis der Wahl eine Funktion oder Sitze einer Gruppe im Kollegialorgan unbesetzt oder sind durch Ausscheiden von Mitgliedern oder Ersatzmitgliedern eine Funktion oder Sitze der Gruppe im Kollegialorgan nicht besetzt, findet für den Rest der Amtszeit eine Nachwahl statt; dies gilt nur, wenn kein Ersatzmitglied, das bei Kollegialorganen aus derselben Gruppe stammen muss, mehr nachrücken kann und die verbleibende Amtszeit mindestens ein Jahr beträgt. Unabhängig von der in Satz 1 genannten Frist findet eine Nachwahl statt, wenn während der Amtszeit des Kollegialorgans eines der Mitglieder aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer ausscheidet und kein Ersatzmitglied dieser Gruppe mehr nachrücken kann. Eine entsprechende Feststellung hat die oder der Vorsitzende des Kollegialorgans zu treffen.

(3) Für Nachwahlen gelten die in dieser Wahlordnung getroffenen Regelungen entsprechend. Das Kollegialorgan bzw. seine Vorsitzende oder sein Vorsitzender kann in diesem Fall von dieser Wahlordnung im Einvernehmen mit dem Rektorat abweichende Bestimmungen über Fristen treffen, soweit gewährleistet ist, dass die Betroffenen ausreichend Gelegenheit erhalten, von dem Wahlausschreiben und der Wahlbenachrichtigung Kenntnis zu nehmen sowie Vorschläge einzureichen und Einsprüche einzulegen. Die Abweichungen sind bekanntzugeben.

§ 35

Ausüben / Ruhen der Mitgliedschaft

(1) Ändert sich die Gruppenzugehörigkeit eines Mitglieds, so verliert es ihr oder sein Mandat. Aus dem Fakultätsrat oder als Gleichstellungsbeauftragte einer Fakultät scheidet ein gewähltes Mitglied außerdem aus, sobald es nicht mehr Mitglied der Fakultät ist.

Eine Nachfolgerin oder ein Nachfolger wird nach Maßgabe der §§ 27a, 28 und 29 bestimmt.

Ändert sich die Gruppenzugehörigkeit zwischen dem Beginn des 63. Tages vor dem Wahltag und dem Beginn der Amtszeit ein, scheidet die oder der Gewählte sogleich mit Beginn der Amtszeit aus. Diese Bestimmungen gelten für Stellvertreterinnen und Stellvertreter sowie Ersatzmitglieder entsprechend.

(2) Wenn ein Mitglied einer Gruppe die hochschulpolitische Vereinigung, für die es kandidiert hat, verlässt, behält es sein Mandat.

Gehört eine Kandidatin / ein Kandidat der ihrem / seinem Vorschlag tragenden Liste ihrer / seiner hochschulpolitischen Vereinigung nicht mehr an, wird sie / er als Ersatzmitglied nicht mehr berücksichtigt.

Das Mitglied / das Ersatzmitglied informiert den Vorsitzenden des Gremiums unverzüglich.

II. BESONDERE BESTIMMUNGEN

1. Senat und Fakultätsräte

§ 36 Amtszeit

Die Amtszeit der Mitglieder des Senats und der Fakultätsräte beträgt zwei Jahre. Die Amtszeit beginnt regelmäßig jeweils am 01. April.

§ 37 Grundsätze für die Wahlen

(1) Die Mitglieder des Senats und der Fakultätsräte werden von den jeweiligen Mitgliedergruppen nach Gruppen getrennt gewählt. Die Zugehörigkeit zu den Gruppen bestimmt sich nach den Vorschriften des HG und der Grundordnung.

(2) Mentorinnen und Mentoren sind bei der Wahrnehmung ihrer Rechte und Pflichten in der Selbstverwaltung den wissenschaftlichen Hilfskräften im Sinne des § 46 HG gleichgestellt.

(3) Das aktive und passive Wahlrecht darf nur in einer Gruppe ausgeübt werden. Doktorandinnen und Doktoranden, die nicht gleichzeitig Beschäftigte der FernUniversität sind, werden nach § 11 Absatz 1 Nr. 4 HG der Gruppe der Studierenden zugeordnet.

(4) Wahlberechtigte, die mehreren Gruppen angehören und nicht für ein Promotionsstudium eingeschrieben sind, haben bis zum 63. Tag vor dem Wahltag gegenüber der Wahlleitung schriftlich zu erklären, in welcher Gruppe sie ihr Wahlrecht wahrnehmen wollen. Mit Abgabe der Erklärung verlieren sie ihre Wahlberechtigung in den anderen Gruppen. Unterlassen die Wahlberechtigten die fristgerechte Erklärung, so ordnet die Wahlleitung die Wahlberechtigten einer Gruppe zu, der sie angehören.

§ 38 Wahlberechtigung und Wählbarkeit für den Senat

Wahlberechtigt und wählbar für die Wahlen zum Senat sind alle Mitglieder der Hochschule gemäß § 11 Absatz 1 Nr. 1 – 4 HG für ihre jeweilige Gruppe.

§ 39 Wahlberechtigung und Wählbarkeit für die Fakultätsräte

(1) Wahlberechtigt und wählbar für die Wahlen zum Fakultätsrat sind alle Mitglieder der Fakultät gemäß § 11 Absatz 1 Nr. 1 – 4 HG für ihre jeweilige Gruppe.

(2) Wahlberechtigte, die Mitglied mehrerer Fakultäten sind, sind bei der Wahl zu einem Fakultätsrat nur in der Fakultät wahlberechtigt, der ihre Stelle zugeordnet ist. Studierende, die für mehrere Studiengänge unterschiedlicher Fakultäten eingeschrieben sind, werden der Fakultät ihres ersten Studienganges zugeordnet. Sie können bis zum 63. Tag vor dem Wahltag gegenüber der Wahlleitung schriftlich erklären, dass sie ihren Wahlbereich wechseln möchten. Soweit eine solche Entscheidung bereits bei einer gleichzeitigen Wahl zu einem Studierendenschaftsgremium getroffen wurde, entfaltet diese Entscheidung für die Ausübung des Wahlrechts der Fakultätsräte Bindungswirkung.

2. Frauenbeirat

§ 40

Amtszeit

Die Amtszeit der Mitglieder des Frauenbeirates beträgt vier Jahre. Die Amtszeit der studentischen Mitglieder beträgt zwei Jahre. Sie beginnt in der Regel jeweils am 1. April.

§ 41

Grundsätze für die Wahl

(1) Die Mitglieder des Frauenbeirats werden von den weiblichen Mitgliedern der jeweiligen Mitgliedergruppen der FernUniversität nach Gruppen getrennt gewählt. Die Zahl der zu wählenden Gremienmitglieder und die Zugehörigkeit zu den Gruppen bestimmt die Grundordnung. § 37 gilt entsprechend.

(2) Die Wahl zum Frauenbeirat erfolgt aufgrund gültiger Wahlvorschläge für die einzelnen Mitgliedergruppen gemäß § 42, die bis zum 63. Tag vor dem Wahltermin einzureichen sind. § 14 Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 42

Wahlberechtigung und Wählbarkeit

Als Mitglieder des Frauenbeirats sind für ihre jeweilige Mitgliedergruppe Hochschullehrerinnen, akademische Mitarbeiterinnen, Mitarbeiterinnen in Technik und Verwaltung sowie Studentinnen der FernUniversität nach § 11 Absatz 1 Nr. 1 – 4 HG wahlberechtigt und wählbar.

3. Zentrale Gleichstellungsbeauftragte und ihre vier Stellvertreterinnen

§ 43

Amtszeit

Die Amtszeit der zentralen Gleichstellungsbeauftragten und ihrer vier Stellvertreterinnen beträgt vier Jahre. Die Amtszeit der studentischen Vertreterin beträgt zwei Jahre. Sie beginnt in der Regel jeweils am 1. April.

§ 44

Grundsätze für die Wahl und Ausschreibung

(1) Die Funktion der zentralen Gleichstellungsbeauftragten wird im Rahmen des Wahlausschreibens zum Frauenbeirat hochschulöffentlich ausgeschrieben. Die Kandidatur für die Funktion der zentralen Gleichstellungsbeauftragten ist bis zum 77. Tag vor dem Wahltag bei der Wahlleitung einzureichen. Die fachliche Qualifikation der zentralen Gleichstellungsbeauftragten soll den umfassenden Anforderungen ihrer Aufgaben gerecht werden. Dies setzt entweder ein abgeschlossenes Hochschulstudium oder eine im Einzelfall nachgewiesene andere fachliche Qualifikation voraus. Die Wahlleitung ist berechtigt, entsprechende Unterlagen nachzufordern.

(2) Die Wahl der zentralen Gleichstellungsbeauftragten erfolgt aus den eingegangenen Kandidaturen in geheimer Abstimmung nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl aus der Mitte des Frauenbeirats. Für die Wahl der zentralen Gleichstellungsbeauftragten hat jedes Mitglied des Frauenbeirats eine Stimme. Gewählt ist die Bewerberin, die die meisten Stimmen auf sich vereinigt.

(3) Die Wahl der vier Stellvertreterinnen der zentralen Gleichstellungsbeauftragten erfolgt in geheimer Abstimmung nach den Grundsätzen Mehrheitswahl aus der Mitte des Frauenbeirats. Für die Wahl der Stellvertreterinnen der zentralen Gleichstellungsbeauftragten hat jedes Mitglied des Frauenbeirats für jede zu wählende Stellvertreterin eine Stimme. Gewählt ist die Bewerberin einer Mitgliedergruppe, die die meisten Stimmen auf sich vereinigt.

(4) Die Vorsitzende des Frauenbeirats stellt unmittelbar nach der Wahl das Ergebnis fest. Die zentrale Gleichstellungsbeauftragte und ihre vier Stellvertreterinnen werden von der Rektorin oder dem Rektor bestellt. Die Namen der Gewählten werden anschließend hochschulöffentlich im Intranet der FernUniversität bekanntgegeben.

(5) Die §§ 7 – 13 und 15 – 31 finden keine Anwendung. § 34 gilt mit der Maßgabe, dass an die Stelle der oder des Vorsitzenden des Gremiums die Rektorin oder der Rektor tritt. § 34 Absatz 1 Nr. 2 und § 35 Absatz 1 finden nur für die Stellvertreterinnen der zentralen Gleichstellungsbeauftragten Anwendung.

Ist eine Nachwahl der zentralen Gleichstellungsbeauftragten erforderlich, richtet sich die Wahl nach § 44 Absatz 1. Für die Nachwahl der Stellvertreterinnen gilt § 44 Absatz 3.

§ 45

Wahlberechtigung und Wählbarkeit

(1) Alle Mitglieder des Frauenbeirats sind wahlberechtigt.

(2) Für die Funktion der zentralen Gleichstellungsbeauftragten sind die Mitglieder und die Ersatzmitglieder des Frauenbeirats wählbar, die die fachliche Qualifikation erfüllen und eine fristgerechte Kandidatur für die Funktion bei der Wahlleitung eingereicht haben.

(3) Als Stellvertreterinnen der zentralen Gleichstellungsbeauftragten sind die Mitglieder und die Ersatzmitglieder des Frauenbeirats wählbar, die der jeweiligen Mitgliedergruppe angehören.

4. Gleichstellungsbeauftragte der Fakultäten und ihre Stellvertreterin

§ 46

Amtszeit

Die Amtszeit der Gleichstellungsbeauftragten der Fakultäten und ihrer Stellvertreterin beträgt vier Jahre. Sie beginnt in der Regel jeweils am 1. April.

§ 47

Grundsätze für die Wahl

(1) Für die Funktion der Gleichstellungsbeauftragten der Fakultäten und ihrer Stellvertreterin werden von den Wahlberechtigten bis zum 63. Tag vor dem Wahltag Wahlvorschläge für jeweils eine Kandidatin eingereicht. Wird bis zum Ablauf der Nachfrist gemäß § 13 Absatz 1 kein oder kein gültiger Wahlvorschlag eingereicht, so wird die Wahl nicht durchgeführt.

(2) Die Wahl der Gleichstellungsbeauftragten der Fakultät und ihrer Stellvertreterin erfolgt nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl.

(3) Für die Wahl der Gleichstellungsbeauftragten der Fakultäten und ihrer Stellvertreterin hat jede Frau, die Mitglied der jeweiligen Fakultät ist, eine Stimme, die sie für eine Bewerberin abgibt. Gewählt ist die Bewerberin, die die meisten Stimmen auf sich vereinigt.

(4) Die Gleichstellungsbeauftragte der Fakultät und ihre Stellvertreterin werden von der Dekanin oder von dem Dekan bestellt.

(5) § 34 gilt mit der Maßgabe, dass an die Stelle der oder des Vorsitzenden des Gremiums die Dekanin oder der Dekan tritt. § 34 Absatz 1 Nr. 2 und § 35 Absatz 1 finden keine Anwendung.

§ 48

Wahlberechtigung und Wählbarkeit

Für die Funktion der Gleichstellungsbeauftragten der Fakultät und ihrer Stellvertreterin sind alle Frauen, die Mitglieder der jeweiligen Fakultät sind, wahlberechtigt und wählbar.

§ 39 Absatz 2 gilt entsprechend.

5. Vertretung der Belange studentischer Hilfskräfte

§ 49

Amtszeit

Die Amtszeit der beauftragten Person für die Belange studentischer Hilfskräfte beträgt zwei Jahre. Sie beginnt regelmäßig jeweils am 01. April und endet mit der Amtszeit der Mitglieder des Senats.

§ 50

Wahlberechtigung und Wählbarkeit

(1) Die beauftragte Person für die Vertretung der Belange studentischer Hilfskräfte wird von den eingeschriebenen Studierenden und den Doktorandinnen und Doktoranden nach § 11 Absatz 1 Nr. 4 HG, auf Vorschlag des Studierendenparlaments gewählt.

(2) Wählbar sind alle Wahlberechtigten gemäß Absatz 1.

§ 51

Wahlvorschlag der Studierendenschaft

(1) Spätestens bis zum 91. Tag vor dem Wahltag bittet die Wahlleitung gemäß § 4 die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Studierendenparlaments, einen Wahlvorschlag für die beauftragte Person für die Belange studentischer Hilfskräfte zu erstellen.

(2) Das Schreiben enthält

1. die Angabe des Wahltages,
2. den spätesten Termin für die Einreichung des Wahlvorschlages,
3. den Hinweis, dass nur solche Mitglieder der Studierendengruppe gewählt werden dürfen, die zum Termin gemäß § 8 in das Wählerinnen- und Wählerverzeichnis eingetragen sind und
4. den Hinweis, dass nur ein fristgerecht eingereicherter Wahlvorschlag berücksichtigt wird.

(3) Vorschlagsberechtigt gegenüber der oder dem Vorsitzenden des Studierendenparlaments sind alle Mitglieder des Studierendenparlaments.

(4) Der Vorschlag des Studierendenparlaments kann mehrere Kandidatinnen und Kandidaten enthalten.

(5) Ein gültiger Wahlvorschlag enthält

1. die Unterschrift der oder des Vorsitzenden des Studierendenparlaments,
2. die Namen, Vornamen und Matrikelnummern der Bewerberinnen und der Bewerber, die vorgeschlagen werden, in einer festgelegten Reihenfolge und
3. eine von der Bewerberin oder dem Bewerber unterzeichnete schriftliche Erklärung, dass sie oder er der Aufnahme in den Wahlvorschlag zustimmt. Die Zustimmung kann im Wahlvorschlag erteilt werden oder durch eine separate Zustimmungserklärung erfolgen.

(6) Die oder der Vorsitzende des Studierendenparlaments teilt den Wahlvorschlag des Studierendenparlaments der Wahlleitung nach § 4 Absatz 1 bis zum 63. Tag vor dem Wahltag schriftlich mit persönlicher Unterschrift per Briefpost, Fax oder als eingescanntes Dokument als Anlage einer E-Mail mit.

(7) Weichen Name und / oder Vorname von den von der Hochschule erhobenen Daten ab, so werden diese entsprechend der Daten der Hochschule angeglichen.

(8) Der gültige Wahlvorschlag wird in der Regel spätestens ab dem 35. Tag vor dem Wahltag bis zum Wahltag bekannt gegeben.

§ 52

Grundsätze für die Wahl

(1) Die Wahl der beauftragten Person für die Vertretung der Belange studentischer Hilfskräfte erfolgt nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl.

(2) Wird kein gültiger Wahlvorschlag durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Studierendenparlaments innerhalb der Frist eingereicht, findet die Wahl nicht statt.

(3) Die §§ 10 - 13 finden keine Anwendung. § 34 gilt mit der Maßgabe, dass an die Stelle der oder des Vorsitzenden des Gremiums die oder der Vorsitzende des Senats tritt.

III. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

§ 53

In-Kraft-Treten und Veröffentlichung

(1) Diese Wahlordnung tritt mit der Beschlussfassung durch den Senat in Kraft. Sie ist in den Amtlichen Mitteilungen der FernUniversität in Hagen zu veröffentlichen.

(2) Mit In-Kraft-Treten dieser Wahlordnung tritt Wahlordnung für die Wahlen zum Senat, zu den Fakultätsräten, zum Frauenbeirat, zur zentralen Gleichstellungsbeauftragten, zu den Gleichstellungsbeauftragten der Fakultäten und zur beauftragten Person für die Vertretung der Belange studentischer Hilfskräfte der FernUniversität in Hagen (WahlO) vom 21. Oktober 2015 außer Kraft.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Senats der FernUniversität in Hagen vom 05. Juli 2017.

Hagen, den 24. Juli 2017

Die Rektorin
der FernUniversität in Hagen

gez.
Professorin Dr. Ada Pellert